

Wahlkampf der SPD im Feuer der Streikämpfe

(G41x)

Der wichtigste Moment in dem ganzen Wahlkampfprozess der Wahlen, wie er sich bei den Wahlen widerspiegelt, ist die Tatsache, daß die Kommunisten gewinnen, während die Sozialdemokratie und die Nationalsozialisten in nachdem Maße die Wahlen nicht zu halten und nicht länger für die Diktatur der Bourgeoisie einzulassen vermögen. Der Rückgang der SPD schließt keineswegs ihre Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ab — im Gegenteil: Gerade, weil die Hitlerpartei gegenwärtig Anhänger aus den Reihen der Werktätigen verliert, tritt diese tiefer in das Proletariat ein, verstärkt sich die Bedeutung der SPD für die schicksalhafte Politik des Finanzkapitals, weil sie noch über einen organisierten Arbeiterapparat verfügt.

Was die sozialdemokratischen Arbeiter in den letzten Tagen von der SPD und KPD-Führern beim Berliner Parteitag im schmutzigen Streikpropaganda und Streikbrecherarbeit erleben mußten, ist nur ein Vorzeichen für die weiteren aktiven Hilfsdienste der Sozialisten für die schicksalhafte Diktatur. In Zukunft wird die SPD-Führerschaft und die KPD-Führerschaft noch stärker die Linke einschlagen, die Partei mit der Führung „eine Chance zu geben“, signalisiert hat.

Auf der anderen Seite wird bei den nationalsozialistischen Führern durch ihre Wahlverlängerung die Sehnsucht nach den Ministerstellen, nach der offenen Eingliederung in die Regierungsführung noch gesteigert. Die demagogische Diatribe einer Scheinopposition gegen Wapen fällt und der Schamier um die Regierungsspitzen wird auf der ganzen Linie einleiten. Janitärer und unerschütterter als je zuvor wird die Rolle der Hitlerpartei als schicksalhaftes Werkzeug des Finanzkapitals in ihren kommenden Taten erweisen. Die verätherlichen Verläufe der Hitlerpartei, die Einheitsfront der streikenden KPD-Arbeiter zu zerbrechen, wie sie unmittelbar nach der Wahl eingeleitet haben, sind der erste Schritt auf diesem Wege ihrer Demoralisierung als schicksalhafte Terrororganisation der bestehenden Klasse.

Die offene Einbeziehung der KPD und die verstärkte schicksalhafte Politik der Sozialdemokratie sind ein Teil jener Offenheit der schicksalhaften Reaktion, mit der die Bourgeoisie ohne Zweifel unter neuen schicksalhaften Anschlägen auf den Volksturm gegen die Wapen-Schleicher-Diktatur antworten wird. Auch wenn Wapen, nachdem das Wiederwerden der Wapen-Schleicher-Regierung um die Wahlen bei den Wahlen mit einer so schweren politischen Niederlage für die Regierung Wapen-Schleicher gerendet hat, als Verlierer verschwindet, werden keine Diktaturmethoden bleiben und getriggert zur Anwendung gelangen.

Der geplante schicksalhafte Wahlrechtsraub, die verstärkte Hungeroffensive, immer neue Anschläge auf die sozialen Errungenschaften und auf jede politische Freiheit der Arbeiterklasse — das ist es, was die Klassen von der bestehenden Klasse zu gewärtigen haben. Drohender als je zuvor ist der verbrecherische Plan der Bourgeoisie, die kommunistische Partei, die einzige Führerin im Kampf gegen die schicksalhafte Diktatur, zu verbieten. Um so mehr gilt es für die ganze Arbeiterklasse, ihre Freiheitspartei und ihre revolutionäre Fronte immer entschlossener, fester und härter gegen alle Angriffe des Klassenfeindes zu verteidigen.

Die Kommunisten sind die Sieger des Wahlkampfes. Sie wissen, daß das Vertrauensvotum der Wahlen in der gegenwärtigen Lage für die SPD gleichzeitig ein Ausbruch für den Kampf und Streikwillen der Massen ist. Die Schicksalstimmungen, die für die SPD stimmte, bedeutet zugleich, daß unsere Partei das Vertrauen derer, die das Vertrauen der sozialdemokratischen und streikgewerkschaftlichen Arbeiter und der nationalsozialistischen Anhänger, die zu uns stehen, durch eine höhere Aufgabenteilung im revolutionären Klassenkampf würdig erweisen muß. Immer härter hinein in die Betriebe, immer fester Fuß gefaßt auf den Stempelsteinen — das ist die Voraussetzung dafür, unserer ganzen unermüdlichen Kleinarbeit eine tiefere Basis geben zu können!

Wir Kommunisten haben unseren Wahlkampf mit der demagogischen, aufplätzenden, unermüdlichen und jähren revolutionären Kleinarbeit der Hunderttausende revolutionärer Arbeiter und Funktionäre erstrahlt. Unser Wahlkampf ist ein Ergebnis der fähigen Anwendung der revolutionären Einheitsfronttaktik von unten durch unsere Partei als Methode der Mobilisierung der Massen zum Kampf, ein Ergebnis unserer Wendung zur vertikal innergewerkschaftlichen Arbeit!

So ist das Wahlergebnis zugleich eine glänzende Bestätigung der Richtigkeit unserer bolschewistischen Generallinie, die die Partei unter Führung des Zentralkomitees mit dem Genossen Thalmann an der Spitze verfolgt. Der Wapenstich der Partei zeigt den Beginn einer Durchlebung jener Bedeutungswortentschlüsse, die das 12. Plenum des ZK und die Parteikonferenz der SPD gefaßt haben.

Die Partei mußte bestimmte fehlerhafte Auffassungen, wie sie beispielsweise der Genosse Keumann und einige Genossen in den Fragen unserer Wapenpolitik, unserer Einbeziehung des Nationalsozialismus und der Anwendung der Einheitsfronttaktik von unten vertreten, offen korrigieren. Der entschlossene Kurs der Partei auf die Betriebe, auf eine wirkliche revolutionäre Klassenpolitik zur Heranführung der Arbeiterklasse in den politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfen an den Kampf um die politische Macht — diese vom 12. Plenum der Komintern festgelegte, von unserer Partei unter der Leitung des Genossen Thalmann entschlossen angewandte revolutionäre Politik hat am 6. November wieder schlagende Rechtserfolg erhalten.

Ohne auch nur einen Augenblick auf den Erfolg auszuweichen, wird die Partei ihren Wahlkampf in eine Steigerung der außerparlamentarischen Kämpfe und Aktionen der Massen umzusetzen versuchen. Vielfältig sind die Formen, in denen dies geschehen muß: in den Wirtschaftskämpfen der Betriebsarbeiter, bei der Abwehr jeglicher Lohnrauberei und der Erämpfung besserer Arbeitsbedingungen und höherer Löhne; im Klassenkampf der Gewerkschaften für ihre Winterhilfsforderungen; in der Verteidigung der proletarischen Jugend gegen Arbeitslosenpolitik und Militarisierung; in der Offenheit an der innergewerkschaftlichen Front zur Eroberung der wählbaren Funktionen und zum Ausbau der revolutionären Opposition; in den Kämpfen der Millionen Angeketteten Seite an Seite mit den Arbeitern; in den Kämpfen der Arbeiter, der Kleinrentnerbetreibenden, der Handwerker in den Städten, im Klassenkampf der wertvollen Bauern auf dem Lande; im Kampf gegen Sondergerichte, Justizausfälle, Streikverbote, Zeitungsverbote, Druckerstreikmaßnahmen; im Kampf um Versammlungs- und Pressefreiheit für das Proletariat und bei der Verteidigung der Partei gegen Verbotspläne. Kurz: in allen Formen des Kampfes im Widerstand gegen die Kapitaloffensive und gegen schicksalhafte Entrechtung wird die SPD die Einheitsfronttation voranzuführen!

Weder die heutige Streikwelle hinaus geht Deutschland immer höheren Formen des Klassenkampfes entgegen. An der Spitze des Proletariats sammelt die SPD zugleich die Bundesgenossen der Arbeiterklasse aus den übrigen wertvollen Schichten unter dem Sturmbanner des proletarischen Freiheitskampfes. Im Bewußtsein ihrer historischen Verantwortung wird die SPD in den kommenden Kämpfen die Massen zum Sieg, zum Reich, zum Sozialismus führen!

Erfolgreicher Streik im Arbeitsdienstlager von Klein-Schachwitz

Das freiwillige Arbeitsdienstlager von Klein-Schachwitz ist wegen Nichtauszahlung des Lohnes am Montag in den Streik getreten. Die 50 Arbeitsdienstler im Klein-Schachwitz sind mit dem Sportplatzbau beschäftigt. Wie sie die Nichtauszahlung ihres Lohnes erfordern, gegen sie geschlossen nach der zuständigen Stelle nach Dresden unter dem Ruf: „Der freiwillige Arbeitsdienst von Klein-Schachwitz kreuzt! — Mat Front!“

Die Demonstration und der Streik hatten den Erfolg, daß die Arbeitsdienstler 7.— Markt sofort ausgezahlt erhalten und ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Neue Streiks

in allen Teilen des Reiches

Die gesamte Belegschaft der Herren-Konfektions-Abteilung der Firma Kay — rund 500 Arbeiter — ist in den Streik gegen einen beschlossenen Lohnabbau getreten. In Halle bei Witten trafen 200 Steinarbeiter in den Streik. Die Direktion hat alle Betriebsräume verlassen und mußte auf Grund der Kampfmittellosigkeit der Arbeiter diese Entlassungen rückgängig machen. Daraufhin trafen die Arbeiter weiter vor, streikten Lohnforderungen und haben zu ihrer Durchsetzung die Arbeit niedergelegt. In Hagen sind die Militärarbeiter in den Streik getreten, als sie unter dem Kommando eines Nazi-Führers stellen wollten. Auch die bisherigen Nationalsozialisten streikten mit. In der Streikleitung sitzen Kommunisten, parteilose und sozialdemokratische Arbeiter. Im Arbeitslager an der oberen Elbe sind die Arbeiter, die zum Teil dem Jungvolk angehören, in den Streik getreten, weil ihre Verbelegung von 50 auf 30 Pfennig herabgesetzt werden sollte. Daraufhin hat das Arbeitsamt mit Hilfe der Technischen Reichsanstalt das Arbeitslager aufgehoben.

Mobilisiert

nach dem großen Wahlerfolg noch gewaltigere Massen zu den Kommunalwahlen für die Listen der SPD

Das amtliche Ergebnis

Der Reichswahlleiter gab folgendes amtliche Wahlergebnis bekannt: Es wurden an gültigen Stimmen abgegeben 35 402 308 gegenüber 36 882 334 gültigen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl am 31. Juli 1932. Im Wahlkreis wurden diesmal 584 gewählt gegen 608 bei der vorigen Wahl. — Es entfielen davon auf:

Kommunistische Partei	5 974 200	100 (83)
Nationalsozialisten	11 715 795	196 (230)
Sozialdemokraten	7 327 584	121 (133)
Zentrum	4 228 633	70 (73)
Christlich-nationale	3 064 977	51 (49)
Thüringischer Landbund	60 063	1 (—)
Deutsche Volkspartei	690 092	11 (7)
Wirtschaftspartei	110 181	2 (2)
Staatspartei	333 064	2 (2)
Christliche Volkspartei	1 051 832	19 (22)
Christlich-sozialer Volksdienst	419 683	5 (3)
Deutsche Bauernpartei	148 000	2 (2)
Reichspartei	48 096	0 (1)
Deutsche Bauernpartei	63 999	1 (—)
Deutsches Bauvolk	46 488	1 (0)
Wärl. Weingartenbau	105 188	2 (2)
Sonstige Parteien	100 018	

Ergebnisse aus weiteren Wahlkreisen

Hamburg
SPD 187 000 (134 000); NSDAP 207 000 (255 000); SPD 218 000 (239 000); Zentrum 13 000 (15 000); DVP 71 000 (40 000); DVP 25 000 (15 000); Staatspartei 41 000 (46 000).

Berlin
SPD 115 000 (90 000); NSDAP 440 000 (490 000); SPD

Borzellanarbeiter in Kahla streiken

Die gegen 1000 Mann starke Belegschaft der Porzellanfabrik Kahla in Thüringen ist am 5. November in den Streik getreten. Der Kampf geht gegen einen Lohnabbau, der unter Berufung auf die Wapennotverordnung vorgenommen werden soll.

Die sozialdemokratischen Führer des Fabrikarbeiterverbandes haben alle Anstrengungen gemacht, um den Kampf zu verhindern. Jetzt gilt es, volle Solidarität mit den Streikenden zu üben.

Glänzender Sieg der roten Liste

Bei der Betriebsratswahl auf der Concordia-Grube

Bei den Betriebsratswahlen vom 3. und 4. November auf der Grube Concordia errang die rote Liste einen glänzenden Sieg.

Die Wahlen hatten, verglichen mit der letzten Wahl, folgende Ergebnisse. Jeweils Belegschaftsstärke 1147; vorige Wahl: 1147.

rote Einheitsliste 358=31 Proz. (688=60,3 Proz.)
Kleinlisten 203=17 Proz. (458=40,3 Proz.)
Christen 88=7,8 Proz. (207=18,3 Proz.)

Die einzige Liste, die einen Erfolg zu verbuchen hat, ist die rote Einheitsliste. Obgleich seit der letzten Wahl die Belegschaftsstärke von 2225 auf 1147 gedrückt wurde, wobei in einer Linie oppositionelle Arbeiter, darunter sämtliche roten Betriebsräte auf Pfosten flogen, hat die RSD ihren Einfluß noch verstärkt.

252 000 (275 000); Zentrum 103 000 (160 000); DVP 81 000 (64 000); DVP 7000 (5000); Staatspartei 6000 (5000); SPD 6000 (5000).

Halle-Merseburg
SPD 220 000 (204 000); NSDAP 281 000 (353 000); SPD 157 000 (167 000); Zentrum 12 000 (13 000); DVP 101 000 (65 000); DVP 17 000 (10 000); Staatspartei 7000 (5000).

Magdeburg
SPD 131 000 (113 000); NSDAP 354 000 (447 000); SPD 305 000 (330 000); Zentrum 18 000 (21 000); DVP 161 000 (76 000); DVP 20 000 (13 000); Staatspartei 6000 (11 000).

Thüringen
SPD 248 000 (226 000); NSDAP 573 000 (584 000); SPD 275 000 (295 000); Zentrum 56 000 (62 000); DVP 8 000 (64 000); DVP 35 000 (22 000); Staatspartei 10 000 (13 000).

Süd-Hannover-Franke-Schweig
SPD 128 000 (100 000); NSDAP 483 000 (460 000); SPD 370 000 (385 000); Zentrum 56 000 (61 000); DVP 8 000 (63 000); DVP 26 000 (16 000).

Oberbayern-Schwaben
SPD 153 000 (126 000); NSDAP 321 000 (386 000); SPD 195 000 (219 000); DVP 463 000 (522 000); DVP 2 000 (45 000); DVP 10 000 (15 000); Staatspartei 4000 (7000).

Württemberg
SPD 191 000 (153 000); NSDAP 345 000 (427 000); SPD 200 000 (218 000); Zentrum 293 000 (306 000); DVP 7 000 (54 000); DVP 10 000; Staatspartei 39 000 (31 000).

„Mit dem Reichstag fertig zu werden, wird kein Kunststück sein“

Zu der Rede von Hindenburg mit Wapen über die Lage nach den Wahlen schreibt die „Kreuzzeitung“:

„Wir würden auch jede nähere Verbindung mit den Parteien des Reichstages für einen politischen Rückschritt halten, da es in diesem Stadium der Entwicklung Deutschlands zunächst einmal darauf ankommt, die Regierungsgewalt ganz rein herauszuarbeiten.“

Die Wapen-Schleicher-Diktatur bleibt. Die „Kreuzzeitung“ wünscht dazu, daß die dünne „parlamentarische“ Gerbrüderung, deren sich die Wapen-Schleicher-Diktatur jetzt bedienen will, ganz abgelegt wird.

Das gleiche proklamiert auch die „Deutsche Zeitung“: „... es kann nicht im Sinne einer verantwortungsbewussten nationalen Politik liegen, die Dinge überhaupt aufs parlamentarische zurückzuführen. Mit dem Reichstag fertig zu werden, wird kein Kunststück sein.“

Erstrebend wird mit den bürgerlichen Parteien des Reichstages von der KPD bis zur SPD „kein Kunststück sein, fertig zu werden“. Die grundsätzliche kapitalistische Einigkeit der

Lobesurteile gegen die 8 Regernaben von Scottsboro aufgehoben

Washington, 8. November.
Der Gerichtshof hat die Lobesurteile gegen die Regernaben aufgehoben. Die Polizei mußte gestatten, daß eine Delegation von 50 Mann der Demonstration, den Verhandlungen beiwohnt.

Das ist ein großer Erfolg des millionenhaften Massenproletariats.

bürgerlichen Parteien (auch ihre Furcht vor Neuwahlen) zeigt ihre Differenzen untereinander, obwohl auch diese immer weniger geringer werden.

Der Forderung, nicht die Dinge aufs parlamentarische zurückzuführen, sind Wapen und Schleicher sehr nachgekommen und sie werden die Diktatur jetzt weiterzuführen.

Die Entschlüsse fallen in der Zeit nicht im Parlament, sondern außerparlamentarisch. Das bezieht immer mehr auf die Arbeiterklasse, wie z. B. die Streikwelle beweist, und der Völkerei wird entschieden noch als bisher die Einheitsfronttation gegen Hunger und Reichstums durchzuführen.

Vor einem Streik der Meißner Eisenarbeiter

Am Mittwochabend fand noch Betriebsrat der Teichwerke eine Versammlung der Belegschaft statt, die sich nach dem Wapen der Direktion, auf Grund der Wapennotverordnung ab 3. November einen 20prozentigen Lohnabbau durchzuführen.

Schon Anfang Oktober hatte die Direktion den Betriebsrat die Forderung: Die Männer sollten von ihrem Stundenlohn von 50 Pfennig 10 Pfennig freiwillig abgeben. Diese Unternehmungsfahrt wurde abgelehnt.

In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Arbeiter die Forderung nach einer Woche weiter gestellt werden. Die Stimmung der Arbeiter und Arbeiterinnen war äußerst erregt. Die Belegschaften wollen sich den Lohnabbau auf keinen Fall gefallen lassen und werden den Versuch, ihn ohne weitere Unterbrechungen, mit dem Streik zu verhindern.